

2010 – Nr. 14  
28. Juni 2010



Prof. Dr. Kocra Lossina Assoua  
und

Prof. Dr. Achim von Oppen

Beide Wissenschaftler sind in Forschung  
und Lehre am Schwerpunkt „Afrikastudien“  
beteiligt, einem interdisziplinären Profildfeld  
der Universität Bayreuth.

Foto: Chr. Wißler

## Im Blickpunkt: Afrika Aktuelle und historische Perspektiven

Interview mit

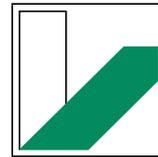
**Kocra L. Assoua, Juniorprofessor für Entwicklungspolitik und Politik Afrikas an der  
Universität Bayreuth**

und

**Achim von Oppen, Professor für Geschichte Afrikas und Direktor des Instituts für  
Afrikastudien an der Universität Bayreuth**

Das Gespräch führte Christian Wißler, Universität Bayreuth.

- Probleme des Wissenstransfers in Afrika (S. 2)
- Entwicklungszusammenarbeit im Dialog (S. 3)
- „Good Governance“ aus afrikanischer Sicht (S. 4)
- Politische Führungspositionen und Gefolgschaftsstrukturen (S. 6)
- Menschen- und Bürgerrechte (S. 7)
- Modernisierung und soziale Bindungen (S. 8)
- Afrika und die Finanz- und Wirtschaftskrise (S. 9)
- Perspektiven und Beschränkungen der Wirtschaftspolitik (S. 10)



## Probleme des Wissenstransfers in Afrika: drängende Herausforderungen

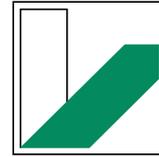
*Herr Professor von Oppen, Herr Professor Assoua, die Fußballweltmeisterschaft hat offensichtlich zu einem gesteigerten Interesse der Medien an Afrika geführt. Die Zahl der Reportagen in Radio und Fernsehen, die sich mit afrikanischen Ländern und Regionen befassen, hat merklich zugenommen. Gibt es politische, soziale oder kulturelle Entwicklungen, die dabei zu kurz kommen?*

**Assoua:** Ein Aspekt, der in den Medien und in politischen Diskussionen zu wenig berücksichtigt wird, ist die wachsende Kluft, die in einigen Regionen Afrikas sowohl zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen als auch zwischen den Generationen zu beobachten ist. Vor allem in Westafrika und in Zentralafrika wächst die Entfremdung zwischen dem Leben in der Stadt und auf dem Land. Eine große Anzahl von Jugendlichen, die in westafrikanischen Städten leben, spricht französisch. Oft haben sie keinen Kontakt mehr zu Mitgliedern ihrer Familien, die in den Dörfern leben und dort ihre eigene lokale Sprache sprechen. Viele Jugendliche beherrschen nicht mehr die Sprache ihrer älteren Vorfahren, die ihrerseits keine Französischkenntnisse haben. So entsteht eine Kommunikationslücke, die den Wissenstransfer zwischen Stadt und Land behindert und Modernisierungsprozesse erschwert.

Diese Problematik wird dadurch verschärft, dass selbst in zahlreichen städtischen Milieus der Glaube an Hexerei noch weit verbreitet ist. Das heißt nicht, dass Magie und Hexenkulte dort aktiv praktiziert werden. Aber viele Jugendliche in den Städten fürchten ernsthaft, sie könnten von Hexerei und Schadenszauber getroffen werden, wenn sie in die Dörfer fahren und ihre Verwandten besuchen. Die Kommunikation und den Wissenstransfer innerhalb Afrikas zu fördern, scheint mir deshalb heute eine viel wichtigere entwicklungspolitische Herausforderung zu sein als der Wissenstransfer zwischen Europa und Afrika. Wenn aufgrund von Sprachbarrieren und irrationalen Vorstellungen die Kommunikation zwischen den Afrikanern gestört ist und die Brücken zwischen den Generationen abgebrochen werden, hat das tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklungspotenziale des Kontinents.

**von Oppen:** Es gibt einen weiteren Faktor, der den innerafrikanischen Wissenstransfer behindert, nämlich die Probleme im Verkehrswesen. Reisen auf der Straße, mit der Bahn oder dem Flugzeug haben sich in den letzten Jahren immer mehr verteuert, während der Ausbau der Verkehrsnetze in zahlreichen Regionen nur langsam voranschreitet.

Dennoch funktioniert die Fortbewegung und Kommunikation in Afrika immer noch in einem erstaunlichen Maße. Es gibt auf dem afrikanischen Kontinent eine lange Tradition der Mobilität. Dies ist ein Aspekt, der in der älteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit Afrika meistens ausgeblendet wurde. Er wird bis heute sowohl von der Politik als auch von den Medien zu oft vernachlässigt. Wir neigen immer noch dazu, den afrikanischen Kontinent als ein Ensemble lokaler und nationaler Einheiten aufzufassen, die in sich weitgehend



abgeschlossen sind. Dabei sind gerade in Afrika die Menschen immer ungeheuer mobil gewesen, auch über nationale Grenzen hinweg. Bewegungen von Menschen, Gütern und Ideen innerhalb des afrikanischen Kontinents haben in der Geschichte eine zentrale Rolle gespielt, aber erst heute wird dieses Thema von der Forschung wiederentdeckt.

## Entwicklungszusammenarbeit als partnerschaftlicher Dialog

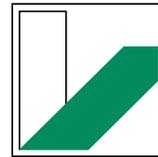
*Was kann die Entwicklungszusammenarbeit beitragen, um den Wissenstransfer innerhalb Afrikas zu verbessern?*

**Assoua:** Grundsätzlich halte ich es für problematisch, wenn die Initiative dazu von Europa ausgeht. Wichtig ist nach meiner Überzeugung, dass die Menschen in Afrika zunächst einmal selbst erkennen, welche gravierenden Folgen es hat, dass Sprachbarrieren und irrationale Ängste die Kommunikation erschweren. Sie selbst müssen sich dieser Problematik bewusst sein. Nur unter dieser Voraussetzung sind entwicklungspolitische Projekte sinnvoll, die von Europa aus Hilfe leisten wollen.

**von Oppen:** Die Politik der Entwicklungszusammenarbeit, in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern, darf nicht der Gefahr der Selbstüberschätzung erliegen. Die hat es in der Geschichte der Entwicklungshilfe über lange Zeit hinweg gegeben. Im 19. Jahrhundert haben Missionare, aber auch manche Wissenschaftler und Politiker die Auffassung vertreten, dass Europa verpflichtet sei, „die Zivilisation“ – wie man damals sagte – nach Afrika zu bringen. Diese Konzeption von Entwicklungshilfe, die meistens mit Überheblichkeit einherging, ist mittlerweile gründlich reformiert und durch neue Ansätze abgelöst worden. Aber bis heute bleibt es ein Grundproblem, dass Entwicklungshilfe zu oft und zu einseitig als ein von Norden nach Süden gerichteter Transfer wahrgenommen wird. Diese Sichtweise hat gelegentlich zu der realitätsfremden Vorstellung verleitet, strukturelle Probleme in Afrika könnten primär von Europa aus gelöst werden; und zwar in der Weise, dass in Europa geplant wird, was anschließend in Afrika umgesetzt werden muss.

Eine Entwicklungszusammenarbeit, die ihren Namen verdient, kann aber nur auf der Grundlage eines partnerschaftlichen Dialogs gedeihen, in dem beide Seiten voneinander lernen. Die Frage ist: Wie stellen wir Rahmenbedingungen her, in denen der Dialog unbelastet von existierenden Machtstrukturen geführt werden kann, ohne in die alten einseitigen Verhältnisse zurückzufallen? Eine so begründete Zusammenarbeit sollte aus meiner Sicht den Versuch unternehmen, die Wohlstandsverluste, die der afrikanische Kontinent in den vergangenen Jahrzehnten erlitten hat, wenigstens ein Stück weit zu kompensieren. Vor allem infolge eines ungleichen Welthandels sind viele Ressourcen aus Afrika abgeflossen, was der Entwicklung des Kontinents erheblich geschadet hat.

In diesem Zusammenhang will ich hinzufügen, dass sich der Afrikaschwerpunkt an der Universität Bayreuth schon seit langem am Leitbild eines partnerschaftlichen Dialogs orientiert. „Forschung über Afrika nur zusammen mit Afrika“ ist unser Motto. Gemeinsam wollen wir die Kooperationen mit afrikanischen Hochschulen und Forschungsinstituten



voranbringen, um die wissenschaftlichen Strukturen dort zu stärken. Vor allem wollen wir gemeinsam dazu beitragen, dass hochtalentierete junge Afrikaner eine exzellente wissenschaftliche Ausbildung erhalten, mit der sie in Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung übernehmen können. Mit diesem Engagement steht die Universität Bayreuth in der deutschen Hochschulszene an der Spitze. Dabei erleben wir immer wieder, dass unseren Forschungsprojekten neue Ideen und Energien zufließen, weil wir mit afrikanischen Partnern kooperieren.

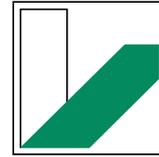
## „Good Governance“ aus afrikanischer Sicht: Geschichte und Gegenwart

*In politischen Diskussionen und der medialen Berichterstattung steht oft die Forderung nach „Good Governance“, also nach guter Regierungsführung, im Mittelpunkt. Es geht dabei um Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Teilhabe. Werden Defizite in diesen Bereichen auch in den Staaten Afrikas als Entwicklungshemmnisse wahrgenommen? Welche Rolle spielt das Thema „Good Governance“ in der innerafrikanischen Diskussion?*

**Assoua:** Ich denke, alle Völker in Afrika erwarten heute von ihren Regierenden eine gute Regierungsführung. Es ist aber eine schwierige Aufgabe, diese allgemeine normative Orientierung in die politische Praxis zu übersetzen – und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auch auf lokaler Ebene. Stellen Sie sich vor, Sie würden den Chief oder Stammesführer in einem afrikanischen Dorf aufsuchen und ihm mitteilen, dass seine Amtszeit befristet ist und dass er künftig keine Alleinentscheidungen mehr treffen darf. Die Dorfbewohner hätten den Eindruck, Sie kämen von einem anderen Stern. Es ist für Afrika ein generelles Problem, dass lokale, in der Tradition verwurzelte Macht- und Autoritätsideale von den Menschen manchmal auf die nationale Politik übertragen werden. Und wenn man umgekehrt versucht, auf der nationalen Ebene westliche Standards guter Regierungsführung zu etablieren, führt dies oft zu Parallelstrukturen, weil sich an den Institutionen auf der lokalen Ebene wenig ändert.

Eine interessante Ausnahme ist Botsuana. Hier ist es in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit gelungen, traditionelle Herrschaftsformen in einen Rechtsstaat und in ein Mehrparteiensystem westlicher Prägung zu integrieren. Zu den botsuanischen Verfassungsorganen gehört u.a. ein „House of Chiefs“, das sich aus führenden Stammesvertretern zusammensetzt.

Gute Regierungsführung in Afrika ist also eine komplexe Aufgabe, die sich nicht innerhalb von zwei Jahrzehnten bewältigen lässt. Grundsätzlich bleibe ich aber optimistisch. Denken Sie daran, wie lange die Westeuropäer gebraucht haben, bis Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ihren Ländern selbstverständlich geworden sind. In keinem afrikanischen Staat gab es vor 1990 ein Vorbild für gute Regierungsführung, und auch vom Ausland sind dafür keine Anreize ausgegangen. Heute erkennen wir in einigen Ländern und Regionen Afrikas bereits deutliche Fortschritte.



**von Oppen:** Dem stimme ich zu, will aber aus der Perspektive des Historikers hinzufügen, dass Ansprüche auf gute Regierungsführung nicht erst seit 1990 in Afrika entstanden sind. Im vorkolonialen Afrika, gerade im Osten und im Süden des Kontinents, hat es auf lokaler Ebene durchaus funktionierende Mechanismen zur Kontrolle von Herrschaft gegeben. Es ist vorgekommen, dass unbeliebte Herrscher, die den Erwartungen der Bevölkerung nicht gerecht wurden, von Jüngeren aus dem Amt gedrängt wurden – was man durchaus als eine Form der Durchsetzung von Kritik verstehen kann.

Aber wer galt in diesen Gesellschaften als ein guter Herrscher? Vor allem derjenige, der gut für seine Gefolgsleute sorgte. Die Gefolgsleute schuldeten ihm Unterstützung, Arbeitsleistung und Waffendienst, der Herrscher wiederum hatte die Pflicht, ihren Familien Schutz zu gewähren und nötigenfalls sogar Nahrungsmittel bereitzustellen. Auch Kompetenz und Innovationsbereitschaft in landwirtschaftlichen Fragen wurden von ihm erwartet.

Daran lässt sich ablesen, wie das Ideal der guten Regierungsführung dem geschichtlichen Wandel unterliegt. Herrscher, die in vorkolonialer Zeit den Erwartungen ihrer Bevölkerungen gerecht wurden, waren keine Diktatoren. Diktatorische Tendenzen gab es natürlich auch, aber sie verbreiteten sich besonders in der späten vorkolonialen Zeit unter dem Einfluss des Welthandels mit Sklaven, Waffen und anderen Gütern.

*In zahlreichen westlichen Demokratien haben sich sog. „Think Tanks“ etabliert, also Gremien, die sich hauptsächlich aus wissenschaftlichen Experten zusammensetzen und die nationalen Regierungen in wichtigen Fragen beraten. Gibt es vergleichbare Einrichtungen auch in Afrika?*

**Assoua:** Nein, das ist bisher nicht der Fall. Ein wesentliches Problem scheint mir darin zu liegen, dass ein derartiges Gremium seine Identität als „Think Tank“ nur schwer beibehalten kann, wenn es in Berührung mit der Politik kommt. Es ist dann für die Wissenschaftler zu verlockend, selbst politisch aktiv zu werden, statt sich auf eine Beraterrolle zu beschränken. Für die Politik ist eine solche Tendenz nicht bekömmlich. Von 2000 bis 2002 bestand ein Großteil der Regierungsmitglieder der Elfenbeinküste aus Universitätsprofessoren, die heute noch die Politik im Land mitgestalten. Trotzdem liegt die Bildungspolitik des Landes am Boden.

**von Oppen:** Die Verlockung, eine Beratertätigkeit als Chance für den Sprung in politische Ämter zu nutzen, ist in Afrika vor allem deshalb so stark, weil Hochschulprofessoren meist nur ein geringes Einkommen haben. Als Wissenschaftler in Forschung und Lehre zu arbeiten, ist in den meisten afrikanischen Ländern finanziell unattraktiv. Was die Regierungen in Afrika betrifft, so sind sie leider oft nicht dazu bereit, bei größeren Entwicklungsprojekten – beispielsweise in der Stadtentwicklung oder in der Landwirtschaft – ernsthaft auf wissenschaftliche Expertisen einzugehen. Vorschläge und Warnungen aus der Wissenschaft finden bei den Politikern oft keine Beachtung. Häufig fehlt auch das Geld, um Aufträge an kompetente Berater aus der Wissenschaft zu vergeben. In Nigeria beispielsweise gibt es zwar Forschungsinstitute, deren Mitglieder eigene politische Erfahrungen haben und für eine wissenschaftlich fundierte Politikberatung qualifiziert wären. Aber sie erhalten ihre

Finanzierung weniger von ihren eigenen Regierungen, sondern durch europäische und amerikanische Entwicklungsgelder sowie von großen NGOs.

## Politische Führungspositionen und Gefolgschaftsstrukturen

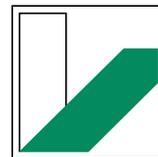
*Gute Regierungsführung hängt wesentlich auch davon ab, dass für die Auswahl des politischen Personals geeignete Strukturen und Verfahren existieren. Welche Faktoren bestimmen in Afrika die Rekrutierung des politischen Nachwuchses und die Auswahl der Personen, die eine politische Karriere durchlaufen? Sind die politischen Systeme in den Ländern Afrikas in dieser Hinsicht einander ähnlich oder gibt es deutliche Unterschiede?*

**von Oppen:** Ich denke, überall hat der Aufstieg zu politischen Führungspositionen viel zu tun mit der Fähigkeit, die Bevölkerung durch individuelles Charisma und eine überzeugende Rhetorik zu mobilisieren. Die Vorstellung, ein Staatsapparat könne wie ein effizienzorientiertes Unternehmen agieren, das nur die Besten in Führungspositionen hineinlässt, ist weltfremd. Das gilt für Afrika ebenso wie für Europa. Allerdings gibt es in vielen Ländern Afrikas einen Faktor, der in Deutschland derzeit schwächer ausgeprägt ist, aber in anderen historischen Phasen auch bei uns eine größere Rolle gespielt hat – nämlich eine in den gesellschaftlichen Strukturen verwurzelte Klientelpolitik. Dies bedeutet, dass der Aufstieg in politische Führungspositionen insbesondere dadurch gelingt, dass man einen starken Kreis von Gefolgsleuten an sich bindet. Diese Gefolgsleute beschaffen dann ihrerseits die Loyalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Wer in Afrika auf diesem Weg eine politische Führungsposition erobert, sieht sich primär dazu verpflichtet, für die eigene Klientel zu sorgen. Derartige Gefolgschaftsstrukturen sind durch einen verlässlichen Austausch von Leistungen und Gegenleistungen definiert; daher funktionieren sie auch unabhängig von ethnischen Zugehörigkeiten.

**Assoua:** Es ist richtig, dass solche Strukturen in zahlreichen afrikanischen Staaten ausgeprägt sind. Sie bilden die Grundlage dafür, dass Lobbies einen erheblichen Einfluss auf die Politik ausüben. Gerade weil die Institutionen des Staates oft zu schwach sind, um den Einfluss von Interessengruppen auf die Politik – und ebenso auf die Auswahl des politischen Personals – zu regulieren, haben Gefolgschaftsstrukturen ein starkes Eigenleben. In vielen Ländern und Regionen Afrikas stehen die staatlichen Institutionen geradezu unter dem Diktat dieser Strukturen.

*Lassen die etablierten Gefolgschaftsstrukturen auch die Möglichkeit zu, dass Frauen in politische Führungspositionen gelangen, oder sind sie stark patriarchalisch geprägt?*

**Assoua:** Ich würde nicht sagen, dass diese Strukturen gezielt frauenfeindlich sind. Dass in Afrika bisher nur wenige Frauen ein politisches Amt anstreben, hängt im wesentlichen von tradierten Rollenverteilungen in der Gesellschaft ab, die oft unhinterfragt übernommen und praktiziert werden. Wenn Frauen sich dennoch entscheiden, politisch aktiv zu werden, wird das in Afrika durchaus akzeptiert. Und wenn sie dann in der Politik Erfolg haben, erfahren sie auch die entsprechende Wertschätzung.



## **Menschen- und Bürgerrechte: unterschiedliche Verständnisse in Afrika und Europa**

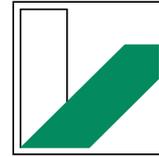
**von Oppen:** Grundlegende Bürgerrechte und allgemeine Menschenrechte sind ein Aspekt, den wir in unserer Diskussion über „Good Governance“ bisher noch nicht ausreichend angesprochen haben. Die Auffassung, dass es universal gültige Menschenrechte gibt, hat sich in den letzten Jahrzehnten auch in Afrika zunehmend verbreitet. Daran haben einige afrikanische Massenmedien ebenso mitgewirkt wie beispielsweise afrikanische Wissenschaftler und Studierende, die aus Europa wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Allerdings ist die Lage der Menschenrechte in Afrika bis heute prekär. Das hat uns erst vor kurzem die Ermordung von Floribert Chebeya vor Augen geführt, der sich als Direktor der Organisation „La Voix des Sans-Voix“ große Verdienste um die Menschen- und Bürgerrechte in Afrika erworben hat. Vor wenigen Wochen habe ich einen Vortrag von Patrice Nganang gehört. Er zitierte den beninischen Philosophen Albert Tevoedjre, der die Welt öffentlich dazu aufgefordert hat, Demokratie- und Menschenrechtsbewegungen in Afrika offensiv zu unterstützen. Ich frage mich, wie wir diese Forderung einzuschätzen haben. Inwieweit ist es politisch und moralisch geboten, dass „der Westen“ versucht, auf die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten in Afrika Einfluss zu nehmen?

**Assoua:** Das ist eine sehr interessante Frage, die nach meiner Überzeugung eine nicht zu unterschätzende philosophische Dimension hat. Denn wir müssen berücksichtigen, dass Menschenrechte in Afrika und in Europa nicht auf die gleiche Weise interpretiert und begründet werden. In der europäischen Geschichte denkt man bei dem Begriff der „Menschenrechte“ primär an die einzelne Person, die als Träger individueller Rechte aufgefasst wird. In den Ländern Afrikas hingegen wird der Mensch von vornherein als aktives Mitglied eines sozialen Umfelds gesehen – als Mitglied einer Familie, eines Dorfes, einer religiösen Gemeinde oder der Gesellschaft insgesamt. Das Individuum als Person ist in den afrikanischen Rechtsvorstellungen nicht so eindeutig verankert wie in Europa. Deshalb sollte man nicht versuchen wollen, das europäische Verständnis von Menschen- und Bürgerrechten wie eine Ware nach Afrika zu exportieren.

**von Oppen:** Das ist zweifellos richtig. Aber angenommen, ein autoritäres Regime in Afrika steckt einen Intellektuellen ins Gefängnis, um ihn mundtot zu machen. Dann will dieser Künstler oder Wissenschaftler doch als Individuum frei sein und für sich als Person das Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen. An diesem Punkt setzen nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika Proteste und Initiativen an, die dem Inhaftierten helfen wollen. Es scheint mir deshalb nicht sinnvoll zu sein, individuelle und kollektive Rechte gegeneinander auszuspielen.

**Assoua:** Das ist auch nicht meine Absicht. Es ist klar, dass auch ein afrikanischer Intellektueller individuelle Rechte einfordert, wenn er sich gegen staatliche Willkür und Unterdrückung zur Wehr setzt. Aber wir sollten zugleich bedenken, dass Menschenrechte kein abstraktes Gebilde darstellen, sondern immer eingebettet sind in die Vorstellungswelt und den



Erfahrungshorizont der Menschen, die diese Rechte für sich oder für andere in Anspruch nehmen. Und in Afrika werden Menschen- und Bürgerrechte viel stärker als in Europa auf Normen und Wertvorstellungen bezogen, die in kollektiven Lebensformen verwurzelt sind.

*Ist dieser Unterschied zwischen Europa und Afrika möglicherweise auch darin begründet, dass sich im Laufe der Geschichte unterschiedliche Vorstellungen von Sicherheit herausgebildet haben? In der europäischen Tradition hat der Schutz des einzelnen Menschen vor willkürlichen Eingriffen staatlicher Gewalt eine wichtige Rolle gespielt. Dies hat eine individualistische Konzeption von Menschenrechten zweifellos begünstigt. In Afrika hingegen ist der Alltag vieler Menschen davon geprägt, dass sie mit unberechenbaren und oftmals zerstörerischen Naturereignissen leben müssen. Unter solchen Umständen wächst die Bedeutung sozialer Zusammenschlüsse, in denen die Menschen Sicherheit gewinnen können. Vielleicht ist das Rechtsdenken in Afrika auch aus diesem Grund stärker in kollektiven Orientierungen verankert.*

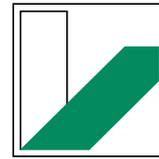
**Assoua:** Es ist richtig, Sicherheit wird in Afrika niemals individualistisch verstanden. Wenn ich isoliert bin, wenn ich anderen Mitgliedern meiner Familie oder meiner Gemeinde nicht helfe, dann fühle ich mich selbst nicht sicher. Die Menschen in Afrika denken immer in kollektiven Kategorien, wenn es darum geht, sichere Lebensverhältnisse herzustellen. Deshalb werden auch wirtschaftliche Interessen immer im Zusammenhang mit den Interessen sozialer Einheiten gesehen.

## **Soziale Bindungen im Zeitalter wirtschaftlich-technologischer Modernisierung**

*Daran anknüpfend, möchte ich auf eine weitere Thematik zu sprechen kommen, die in den Industrienationen des Westens des öfteren diskutiert wird. Hier scheint die Teilhabe an innovativen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft einen Grad der Flexibilität zu verlangen, der zu Lasten sozialer Bindungen gehen kann. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett hat in seinem Buch „Der flexible Mensch“ – der Originaltitel lautet „The Corrosion of Character“ – die These aufgestellt, die moderne Arbeitswelt würde beständige Wertorientierungen und dauerhafte moralische Verpflichtungen geradezu systematisch schwächen.*

*Wie werden wirtschaftliche Modernisierungsprozesse, die sich an westlichen Vorbildern orientieren, in Afrika erlebt? Sind Menschen, die in Großstädten auf einen beruflichen Aufstieg hinarbeiten oder Führungspositionen innehaben, darauf angewiesen, Bindungen an Familien und lokale Gemeinschaften zu vernachlässigen?*

**Assoua:** Ich habe den Eindruck, dass wir in Afrika und in Europa durchaus parallele Entwicklungen beobachten können. Denn auch in den afrikanischen Großstädten ist der Trend zur Individualisierung unverkennbar. Noch vor 20 Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dass jemand in Abidjan lebt und seine Eltern vielleicht nur einmal im Jahr besucht. Aber im Zuge der wirtschaftlichen Modernisierung wird die legendäre Solidarität in afrikanischen Familien lockerer. Dies bedeutet auch, dass ältere Menschen in den Großstädten



stärker als früher darauf angewiesen sind, für sich selbst zu sorgen. Es ist nicht auszuschließen, dass irgendwann Altenheime entstehen, was vor dem Hintergrund afrikanischer Traditionen eigentlich unvorstellbar ist.

**von Oppen:** Es sollte aber eines nicht übersehen werden: Während wirtschaftlicher Aufstiegs- und Modernisierungsphasen hat es in Europa auch eine Reaktivierung sozialer Bindungen und den Aufbau neuer sozialer Lebensformen gegeben. Ich denke beispielsweise an die Nachkriegszeiten im 20. Jahrhundert, als die Kontakte und der Zusammenhalt zwischen den Familienmitgliedern stärker wurden. Außerdem können Modernisierungsprozesse bewirken, dass tradierte ethische Wertorientierungen nicht einfach abgebaut, sondern auf andere soziale Einheiten übertragen werden. Das scheint mir auch in Afrika der Fall zu sein. Formen der Solidarität, wie sie früher in Familienverbänden anzutreffen waren, werden heute nicht selten innerhalb neuer religiöser Gemeinschaften praktiziert.

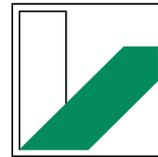
Im Hinblick auf das von Richard Sennett eingeführte Schlagwort vom „flexiblen Menschen“ möchte ich noch eine persönliche Erfahrung anfügen. Ich habe in den letzten Jahren junge Wissenschaftler – und Wissenschaftlerinnen – aus Afrika kennengelernt, denen es auf eindrucksvolle Weise zu gelingen scheint, individuelle berufliche Orientierungen mit der Pflege verlässlicher Bindungen zu vereinbaren; auch über große räumliche Entfernungen hinweg. Gelegentlich habe ich in Afrika ein souveränes „Management“ verschiedenartiger sozialer Verpflichtungen erlebt, das mir durchaus vorbildlich schien. Die Flexibilität, die moderne Gesellschaften verlangen, rechtfertigt jedenfalls aus meiner Sicht keinen pauschalen Pessimismus in Bezug auf ethische und soziale Standards.

## **Afrika und die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise**

*Wie wird die aktuelle weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise in Afrika wahrgenommen? Gibt es wachsende Befürchtungen, dass wirtschaftliche und technologische Entwicklungsprozesse in Afrika dadurch Rückschläge erleiden? Und welche Auswirkungen hat die Krise auf das Bild, das die Menschen in Afrika von Europa haben?*

**Assoua:** Die Krise mit ihren Ursachen und möglichen Auswirkungen ist, so scheint mir, in Afrika bisher noch nicht in vollem Umfang wahrgenommen worden. Man empfindet die Krise nicht als unmittelbare Bedrohung und macht sich keine großen Sorgen darüber. Auch in der afrikanischen Presse sind beispielsweise die Griechenland-Krise und die politischen Maßnahmen zur Stützung des Euro eigentlich kaum erwähnt worden.

**von Oppen:** Dieses gelassene, teilweise desinteressierte Verhalten erscheint uns auf den ersten Blick schwer verständlich, hängt aber vermutlich auch mit historischen Erfahrungen der Afrikaner zusammen. Denn im 20. Jahrhundert war es so, dass es Afrika in mancher Hinsicht besser ging, wenn Europa sich in der Krise befand. In Kriegs- und Krisenzeiten waren die Europäer in verstärktem Maß auf afrikanische Rohstoffe angewiesen, und die Nachfrage nach afrikanischen Produkten stieg deutlich an.



Ein weiterer Grund dafür, dass die Afrikaner die Finanzkrise in den westlichen Industrienationen durchaus gelassen sehen, liegt wohl darin, dass Afrika seit den 90er Jahren vorrangig von der Modernisierung in China und in anderen asiatischen Schwellenländern profitiert hat. Auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Rohstoff-Nachfrage in diesen Ländern hat die Krise noch nicht voll durchgeschlagen. Gerade China hat sich bislang als relativ robust erwiesen. Falls die Industrieproduktion eines Tages dort ebenfalls absinken sollte, wird natürlich auch die Wirtschaft in Afrika getroffen. Man muss solche Ungleichzeitigkeiten im Welthandel mit berücksichtigen, wenn man erklären will, weshalb krisenhafte Entwicklungen in der globalen Ökonomie sich in Afrika anders darstellen als in Europa.

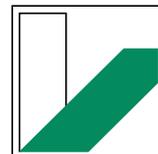
**Assoua:** In Afrika wird Europa in wirtschaftspolitischer Hinsicht bisher durchaus als Vorbild wahrgenommen. Falls sich die Finanzkrise derart verschärfen sollte, dass die europäische Wirtschaft kollabiert oder in Panik gerät, würde sich auch das Bild verändern, das die afrikanischen Regierungen von Europa haben. Aus afrikanischer Sicht hätte dann Europa ein „Governance-Problem“ und würde nicht länger als glaubwürdiges Modell gelten.

## **Perspektiven und Beschränkungen der Wirtschaftspolitik: Deutschland und Afrika im Vergleich**

*Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise wird in Europa, vor allem auch in Deutschland, wieder intensiver über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft diskutiert. Auf der einen Seite stehen die Befürworter einer marktliberalen Wirtschaftspolitik, die politische Fehlsteuerungen für die Ursachen der Krise mit verantwortlich machen. Auf der anderen Seite wächst die Zahl derjenigen, die für eine stärkere staatliche Regulierung und Steuerung wirtschaftlicher Prozesse plädieren und im Sozialbereich die Funktionen des Staates ausbauen wollen. Werden derartige Grundsatzdiskussionen heute auch in Afrika geführt?*

**von Oppen:** Ich denke, wir dürfen auch in dieser Hinsicht nicht vergessen, dass Afrika in einem anderen historischen Kontext steht als wir. In Deutschland können wir auf eine lange Phase einer sozial abgefederten liberalen Wirtschaft zurückblicken. Diese marktwirtschaftlich geprägte Phase begann nach dem Zweiten Weltkrieg und war seitdem mit einer spürbaren Steigerung des allgemeinen Lebensstandards verbunden. Sie ist erstmals in den 1970er Jahren und erneut zu Beginn der 2000er Jahre in die Krise geraten, so dass sich jetzt – angesichts der aktuellen Erschütterungen durch die Finanzkrise – wirtschaftspolitische Fragen stellen, die auf stärkere Interventionen des Staates abzielen.

Ganz anders verhält es sich in Afrika: In den Ländern, die in den 1960er Jahren ihre Unabhängigkeit gewonnen hatten, unterlag die Wirtschaft in den darauf folgenden Jahrzehnten sehr starken staatlichen Kontrollen. Die Eingriffe des Staates in ökonomische Prozesse reichten viel weiter als in den westlichen Industrienationen. Aber diese staatlich gelenkten Wirtschaftspolitiken funktionierten immer weniger. Die Staatsbetriebe und Parastatals, die in den 1960er und 70er Jahren eingerichtet wurden, führten im wesentlichen zur Bereicherung kleiner Führungsschichten. Sie konnten die allgemeine ökonomische und technische



Entwicklung nicht voranbringen. Hinzu kam eine stetig wachsende Staatsverschuldung, die freilich auch mit der fortdauernden einseitigen Abhängigkeit afrikanischer Ökonomien von Rohstoffexporten zusammenhängt.

Infolgedessen sehen sich die Regierungen in Afrika seit den 1980er Jahren unter internationalem Druck zu einer durchgreifenden Liberalisierung ihrer Wirtschaftspolitik genötigt. Dieser Prozess hält bis heute an. Niemand will heute zurück zu den staatlichen Bürokratien, die in den zwei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit die Wirtschaft reguliert und der Bevölkerung nichts gebracht haben.

**Assoua:** Heute haben die meisten afrikanischen Staaten in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen kaum noch einen Handlungsspielraum. Sie sind weit davon entfernt, zwischen unterschiedlichen Modellen der Wirtschaftspolitik wählen zu können. Deshalb sind Grundsatzdiskussionen über das Verhältnis von Staat und Ökonomie praktisch irrelevant. Der Druck, den internationale Akteure – wie beispielsweise der IWF oder global agierende Konzerne – ausüben, ist so groß, dass den meisten afrikanischen Regierungen eigentlich nur die Option der Liberalisierung offensteht. Nur wenige Staaten wie Südafrika haben gewisse Freiheiten bei der Gestaltung ihrer ökonomischen Strukturen. Aber südlich der Sahara sehe ich keine Länder, denen unter dem Diktat des IWF ein nennenswerter Spielraum für eigene Entscheidungen bleibt. Vor allem in den rohstoffreichen Regionen Afrikas sind internationale Konzerne sehr präsent; sie haben einen erheblichen Einfluss darauf, welche Richtung die Politik eines Landes nimmt. Die staatlichen Institutionen sind in der Regel zu schwach, um strategische Entscheidungen eigenständig treffen und durchsetzen zu können.

Ungeachtet dieser Problematik möchte ich aber eines betonen: Der Schlüssel für Entwicklungsfortschritte in Afrika liegt in erster Linie nicht in finanziellen Hilfen oder in Strukturformen, sondern in den kulturellen, ethischen und sozialen Orientierungen der Menschen in Afrika. Dieser Aspekt wird in den meisten westlichen Konzepten der Entwicklungspolitik unterschätzt. Ich würde es begrüßen, wenn die mentale und kulturelle Dimension einer nachhaltigen Entwicklung künftig stärkere Beachtung finden würde.

*Herr Professor Assoua, Herr Professor von Oppen, haben Sie vielen Dank für das Gespräch.*

## Kontaktadressen für weitere Informationen:

Prof. Dr. Kocra L. Assoua  
- Entwicklungspolitik und Politik Afrikas -  
Universität Bayreuth  
95440 Bayreuth  
Tel.: +49 (0) 921 / 55-4185  
E-Mail: kocra.assoua@uni-bayreuth.de

Prof. Dr. Achim von Oppen  
- Geschichte Afrikas -  
Universität Bayreuth  
95440 Bayreuth  
Tel.: +49 (0) 921 / 55-4193  
E-Mail: achim.vonoppen@uni-bayreuth.de